

Antrag

14.06.2006

„11-Punkte-Programm 'Münsteraner
Brennpunktschulen“



Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Bremer Str. 54
48155 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion@muenster.de
www.gruene-muenster.de

„Wer PISA nicht hören wollte, muss Rütli fühlen.“ (Friedrich
Küppersbusch)

„Brennpunktschulen“ sind Vorzeigeschulen. Dieser lapidare Satz gilt auch für Münster. Brennpunktschulen (BPS) leisten eine vorbildliche pädagogische Arbeit, die in den Schulprogrammen für die Öffentlichkeit erkennbar niedergelegt ist. Vielen Schulen gelingt es ausgezeichnet, die soziale und ethnische Heterogenität ihrer Schülerschaft als Reichtum zu verstehen und dieses Potential so erfolgreich in Wert zu setzen, dass die Schulen gezielt auch von deutschen Eltern nachgefragt werden. Die Heterogenität des Brennpunkts wird als herausragende und bereichernde Qualität der Schule wahrgenommen.

Gleichzeitig nehmen die Münsteraner BPS das Primat der Gleichbehandlung von Schulen als systematische Benachteiligung wahr, die nicht hinnehmbar ist. Vielmehr haben die BPS Anspruch auf eine herausgehobene Aufmerksamkeit der Stadtgesellschaft, auf ihre „Ungleichbehandlung“, die sich notwendigerweise auch in haushaltsrelevanten Entscheidungen niederschlagen muss.

Nach den Ereignissen in und um die Berliner Rütli-Schule war die Erleichterung in der Münsteraner Politik- und Presselandschaft darüber, dass hier zum Glück etwas Derartiges undenkbar sei, unüberhörbar. Diese „Entwarnung“ stieß hingegen in einigen Stadtteilen und den dortigen Schulen auf völliges Unverständnis. Auch im beschaulichen Münster gibt es Warnsignale, die gerade in schwierigen Haushaltszeiten gerne übersehen werden:

- Einen diskriminierungsfreien von Chancengleichheit geprägten Zugang zu Bildung gibt es auch in Münster nicht.
- Haupt- und FörderschulabgängerInnen leiden unter ihrer Perspektivlosigkeit; bundesweit liegt die Arbeitslosenquote von Männern im erwerbsfähigen Alter ohne mittlere Reife inzwischen bei 26,2 %.
- Schulleitungen und Kollegien nähern sich bedrohlich dem Zustand der Resignation, das Burn-out-Syndrom wird zum Alltagsphänomen.

- Für Roma- und andere „Brennpunktkinder“ gibt es nur die realistische Alternative Haupt- oder Sonder- /Förderschule.
- Kinder und Jugendliche aus „bildungsfernen“ Schichten verweigern den Schulbesuch.
- Hemmschwellen zur Gewalttätigkeit sinken bedrohlich.
- Bandenbildung und Kleinkriminalität sind bereits ein Grundschulphänomen, Diebstähle nicht selten.
- Kinder und Jugendliche kommen morgens ohne Frühstück zur Schule.
- Das Elternengagement ist unterdurchschnittlich.

In Münster gibt es zudem die Eigenart, das deutliche Benennen von Fehlentwicklungen in Stadtteilen und Schulen zu vermeiden. Der Begriff „Brennpunkt“ gehört inzwischen zum allgemeinen Sprachgebrauch, ist aber gleichzeitig verpönt. Wohnviertel, Stadtteile und Schulen fürchten Stigmatisierungen, letztere wegen des zu erwartenden Anmeldeschwunds.

Das folgende Handlungsprogramm soll weder stigmatisieren noch Klischees verfestigen, es soll vielmehr Wege weisen aus problematischen Entwicklungen, die sicher noch weit entfernt sind von Neuköllner Verhältnissen. Signale, die in diese Richtung deuten, gibt es allerdings auch hier. Gleichzeitig liegen in den Strukturvorschlägen auch Sparpotentiale, die, auch wenn sie nicht Anlass des Antrags sind, nicht zu unterschätzen sein werden.

Der Rat möge beschließen:

Allgemeine Korrekturmaßnahmen:

1. Alle Brennpunktschulen werden ab sofort ausnahmslos aus allen Sparprogrammen ausgenommen.

Fortbildungen:

2. Die BPS erhalten einen eigenen erhöhten Fortbildungsetat für die Qualifizierung aller pädagogischen und nichtpädagogischen Professionen.

Schulverwaltungen und Transporte:

3. Verwaltungsarbeiten und Hausdienste werden quantitativ aufgewertet.
4. Die Schülerbeförderung an den Förderschulen verbleibt ungekürzt auf dem bisherigen Niveau.

Schulformbezogene Strukturvorschläge:

5. Zunächst in den Grundschulen Berg Fidel, Kinderhaus-West und die Norbertschule, später in weiteren BPS wird die schulgebundene Sozialarbeit eine feste, dauerhafte Einrichtung.
6. Die BPS werden bevorzugt in Ganztagschulen umgewandelt.

7. Politik und Verwaltung unternehmen besondere Anstrengungen zur Qualitätssicherung und –verbesserung der Offenen Ganztags.
8. Die Verwaltung erarbeitet ein Handlungskonzept mit dem Ziel der Zusammenlegung von nahe beieinander liegenden Grundschulen unter einem einheitlichen pädagogischen Konzept.
9. Die Verwaltung erarbeitet einen Verfahrensvorschlag zur vollständigen Profanation der BPS.
10. Die Verwaltung prüft die Möglichkeit zur Schließung geringzügiger Hauptschulen bzw. ihrer Zusammenführung mit Realschulen.

Kooperation Jugendhilfe und Schule

11. In stadtteilbezogenen Handlungsprogrammen muss der Förderung von Vernetzung und Kooperation zwischen den genannten Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie weiteren relevanten Akteursgruppen eine besondere Bedeutung beigemessen werden. Eine kooperative Angebotserbringung erhöht Umfang und Qualität der Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Schule kann dann zu einem Kristallisationspunkt des Lebens im Stadtteil werden. Die Aktivitäten setzen genau dort an, wo sich Benachteiligung zuerst manifestiert: in den unterschiedlichen Bildungschancen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Eine „offene Schule“ bietet mehr Chancengleichheit.

gez. Manfred Kehr
 gez. Helga Bennink
 gez. Wilhelm Breitenbach
 gez. Christof Hoffmann
 gez. Hery Klas

gez. Maria Klein-Schmeink
 gez. Jutta Möllers
 gez. Jörn Möltgen
 gez. Carsten Peters
 gez. Tim Rohleder

gez. Ilse Schleef
 gez. Claudia Scholz
 gez. Dr. Rita Stein-Redent
 gez. Brigitte von Schoenebeck